

Inhalt

bvöd Jahresveranstaltung	1
Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP	2
EU-News im Überblick	3
Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen	6
Kontakt	7



© Panimoni – Fotolia.com

bvöd Jahresveranstaltung „Sicherung und Finanzierung öffentlicher Infrastruktur“

*Ein neues Infrastruktur-Leitbild in Europa: Die Rolle der kommunalen Wirtschaft
Eine Debatte aus Sicht von Wissenschaft und Unternehmen*

Zur langfristigen Sicherung der öffentlichen Infrastruktur und ihrer Finanzierung gibt es eine kontroverse, andauernde Diskussion in Deutschland und Europa.

Konsens besteht darüber, dass nachhaltige Investitionen in Infrastrukturen, die den Erhalt und die Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge garantieren, wichtige Voraussetzungen für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt sind. Kontrovers diskutiert wird allerdings die optimale Finanzierung öffentlicher Infrastruktur.

Sind öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) das Mittel der Wahl oder sprechen die teilweise problematischen Erfahrungen eher gegen ÖPP und für eine konventionelle öffentliche Beschaffung?

Darüber möchten wir mit Experten aus Wissenschaft und Unternehmen diskutieren.

Wir laden Sie herzlich ein, an der Diskussion teilzunehmen.

Um Anmeldung bis zum 21. Oktober wird gebeten.

[Download: Programm und Anmeldung](#)

Impressum

Bundesverband Öffentliche
Dienstleistungen - Deutsche
Sektion des CEEP e.V. (bvöd)

Invalidenstraße 91
10115 Berlin

fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29
email: info@bvoed.de
www.bvoed.de

Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP

Zusammenarbeit mit der Intergroup Öffentliche Dienstleistungen im Europäischen Parlament

Seit März 2015 verfolgt CEEP eine enge Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Allgemeingüter und Öffentliche Dienstleistungen“ im Europäischen Parlament. Ziel ist es, das Wissen um die Rolle und Bedeutung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse innerhalb des Europäischen Parlaments zu stärken.

Neuer Bericht zur Rolle des Privatsektors in der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat am 17. September 2015 einen neuen Bericht zu Öffentlichen Diensten veröffentlicht. Der [Bericht](#) untersucht die wachsende Rolle des privaten Sektors bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in der EU. Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse (SDAI) in den Bereichen Gesundheitspflege, frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (ECEC), Arbeitsverwaltungen und Langzeitpflege gelegt.

Neue Entwicklungen sowie das sich wandelnde Verhältnis zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor in der Bereitstellung öffentlicher Dienste wurden untersucht und eingeschätzt. Weiterhin befasst sich der Bericht auch mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

Eurofound hatte bereits im März 2015 den Jahresbericht des [Europäischen Beobachtungsinstruments für Umstrukturierungen \(ERM\)](#) für 2014 veröffentlicht. In dem [Jahresbericht](#) werden vor allem die Umstrukturierungen im öffentlichen Sektor untersucht und ausgewertet. Die Ergebnisse der vom ERM durchgeführten Fallstudien weisen darauf hin, dass sorgfältig geplante und konsultative Umstrukturierungsprozesse zu relativ positiven Ergebnissen in vielen Tätigkeitsbereichen des öffentlichen Sektors unter den unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen führen können. Allerdings stellt der öffentliche Sektor weiterhin eine große Herausforderung für die Politik dar. Probleme wie der demografische Wandel und der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bleiben weiterhin bestehen.

CEEP bei Klimakonferenz im Europäischen Parlament

Anbieter öffentlicher Dienste spielen wichtige Rolle in der Umsetzung zu Klimaschutzmaßnahmen

Am 22. September 2015 fand im Europäischen Parlament eine Konferenz zu Klimaschutzmaßnahmen statt. Mit Hinblick auf die UN-Klimakonferenz in Paris (COP21) im Dezember diskutierten Vertreter der EU-Institutionen und verschiedener Interessengruppen unter anderem die Verantwortlichkeiten der Anbieter öffentlicher Dienstleistung bei der Umsetzung dieser Maßnahmen. [Zum vollständigen Artikel](#)

CEEP begrüßt Aktionsplan zur Schaffung einer Kapitalmarktunion

In einer [Pressemitteilung](#) vom 30. September 2015 hat CEEP den von der Kommission veröffentlichten Aktionsplan zur Schaffung einer Kapitalmarktunion als wichtigen Schritt in der Behebung von Investitionshemmnissen begrüßt. Der Aktionsplan würde es Unternehmen und Dienstleistungsanbietern ermöglichen, einfacher an finanzielle Möglichkeiten zu kommen. Auch langfristige nachhaltige Investitionen in Infrastrukturen würden dadurch gefördert.

EU-News im Überblick

Europäische Kommission will Maßnahmen der staatlichen Beihilfe prüfen

Die Europäische Kommission hat im Juli 2015 erstmals einen Leitfaden zur Prüfung mehrerer Maßnahmen im Zusammenhang mit Staatlichen Beihilfen veröffentlicht. Dabei stehen vor allem die Mitteilung über ein vereinfachtes Verfahren und der Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren im Mittelpunkt.

Ziel der Prüfung ist eine ausgewogene Folgenabschätzung dieser Mitteilung sowie die Analyse der praktischen Auswirkungen. Dabei sollen vor allem die Kategorien staatlicher Beihilfen untersucht werden, die ohne Prüfung durch die Kommission genehmigt werden (General Block Exemption Regulation). Abhängig vom Ergebnis des Verfahrens, zieht die Europäische Kommission sowohl die Überarbeitung als auch die Außerkraftsetzung der Mitteilung in Betracht.

[Zum vollständigen Beitrag](#)

Stellungnahme des Rates zur Agenda „Bessere Rechtssetzung“

Der Präsident des Europäischen Rates hat am 14. September eine Stellungnahme zur „Besseren Rechtsetzungs“-Agenda der Europäischen Kommission veröffentlicht. Darin wird die Einführung einer neuen Strategie zur Vollendung des Binnenmarktes vorgeschlagen. Diese soll die Umsetzung der Agenda vereinfachen. [Zum vollständigen Beitrag](#)

Europäische Kommission will Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen

Die Europäische Kommission hat am 17. September 2015 einen [Vorschlag](#) für eine Empfehlung zur besseren Unterstützung der Langzeitarbeitslosen bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt veröffentlicht. Diese soll neue Arbeitsplätze schaffen sowie den Wirtschaftsaufschwung und soziale Gerechtigkeit in Europa stärken.

Die Empfehlung sieht eine individuelle Bestandsaufnahme für alle Arbeitsuchenden vor, die seit mehr als 12 Monaten ohne Beschäftigung sind. Daneben sollten diese Personen, bevor die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit 18 Monate erreicht, eine schriftliche Wiedereinstiegsvereinbarung erhalten, die ihnen einen konkreten und individuell abgestimmten Plan für die Rückkehr in die Beschäftigung anbietet.

Marktstabilitätsreserve für Emissionshandel beschlossen

Der Umweltministerrat der Europäischen Union hat am 18. September seine Zustimmung zur Marktstabilitätsreserve (MSR) gegeben, die am 1. Januar 2019 in Kraft treten soll. Die Maßnahme ist ein wichtiger Baustein zur Reform des europäischen Emissionshandels (ETS).

Im Juli 2015 hatte die Europäische Kommission ihr angekündigtes „Sommerpaket“ im Rahmen der Strategie für eine Energieunion vorgelegt. Die Änderungsvorschläge für zwei Richtlinien sowie zwei Mitteilungen beinhalten Vorschläge zur Überprüfung des Emissionshandelssystems der EU, zur Aktualisierung der Energieverbrauchskennzeichnung sowie zur Umgestaltung des europäischen Strommarktes und zur Schaffung neuer Möglichkeiten für die Energieverbraucher. Die Strategie für die Energieunion soll zur Verwirklichung der europäischen Klima- und Energieziele für 2030 beitragen und dafür sorgen, dass die Europäische Union weltweit die Führungsrolle bei den erneuerbaren Energien übernimmt.

[Zum vollständigen Beitrag](#)

Institutionsübergreifendes Abkommen über bessere Rechtssetzung nimmt Formen an

Im Mai 2015 wurde ein Vorschlag für eine institutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung von Kommission, Parlament und Rat verabschiedet. In diesem Vorschlag verpflichteten sich die drei Institutionen, eine bessere Rechtsetzung anzustreben. Letzte Woche gab der Europaabgeordnete Guy Verhofstadt im Rahmen eines Treffens des Ausschusses für Konstitutionelle Fragen einen Überblick zum aktuellen Stand der Verhandlungen zu einem solchen Abkommen.

Einigkeit bestehe vor allem bei dem Thema der politischen Planung. Eine gemeinsame Mehrjahresplanung soll die politischen Schwerpunkte der nächsten Jahre umreißen. Darüber hinaus wollen sich die Institutionen jedes Jahr auf ein umfangreiches, detailliertes gemeinsames Jahresprogramm einigen.

Im Rahmen des nächsten Treffens sollen vor allem die benötigten Instrumente und Maßnahmen zur besseren Rechtsetzung besprochen werden, wie zum Beispiel Folgenabschätzung (Impact Assessment, IA), Konsultationen und nachträgliche Bewertung von Richtlinien. Dabei stehen Parlament und Rat vor allem dem Vorschlag der Kommission zur Folgenabschätzung skeptisch gegenüber. Die Einführung eines unabhängigen Gremiums könnte hinderlich für das

Gesetzgebungsverfahren werden. Verhofstadt betonte, dass die Folgenabschätzung von Richtlinien in erster Linie zur Wiederaufnahme blockierter Verhandlungen zwischen den Institutionen, ohne die Einbeziehung von dritten, führen soll. Auch der Vorschlag, öffentliche Konsultationen zu allen angenommenen Vorschlägen für einschlägige Rechtsvorschriften einzuführen, sei problematisch. Mehr Konsultationen könnten Verwirrung stiften und gleichzeitig die gesetzgebende Gewalt schwächen.

CEEP begrüßt die von der Kommission vorgeschlagenen Instrumente. Weitere öffentliche Konsultationsforen sind wünschenswert, solange sie wirksam eingesetzt werden. Die gewünschten Maßnahmen müssen in erster Linie die Lähmung der politischen Rechtsetzung vorbeugen. Für den 1. Dezember ist ein Treffen mit Vizepräsident Frans Timmermans angesetzt.

Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

Aktueller Stand zu TTIP

10. TTIP Verhandlungsrunde (13. – 17. Juli 2015)

Die 10. Verhandlungsrunde des transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) fand vom 13. bis 17. Juli 2015 in Brüssel statt. Ein Schwerpunkt der letzten Runde war der Marktzugang von Unternehmen im Bereich Dienstleistungen. [Zum vollständigen Beitrag](#)

Europäische Kommission veröffentlicht Angebot zu Dienstleistungen und Investitionen in TTIP

Im Anschluss an die 10. Verhandlungsrunde hat die Europäische Kommission im Juli 2015 ihr Angebot über Dienstleistungen, Investitionen und E-Commerce an die USA veröffentlicht. Das Angebot besteht aus einem Vorschlag und drei Anhängen, in denen definiert wird, in welchen Dienstleistungssektoren bestehende und künftige Maßnahmen nicht unter das Abkommen fallen. Der Vorschlagstext beinhaltet Kapitel zu den Regelungen zur Liberalisierung von Investitionen, den Regelungen zu grenzüberschreitenden Dienstleistungen, der Personenbeförderung, dem Regulierungsrahmen sowie E-Commerce.

Von besonderem Interesse im Vorschlagstext sind die Kapitel zur Liberalisierung von Investitionen und zu grenzüberschreitenden Dienstleistungen. In beiden Kapiteln werden bereits im Anwendungsbereich audiovisuelle Dienstleistungen ebenso wie Subventionen/Zuschüsse (einschließlich staatlicher Beihilfen) von den Regelungen ausgenommen. Zudem werden in beiden Kapiteln generell für alle bestehenden Maßnahmen der EU, der Nationalstaaten, Länder und auch der kommunalen Gebietskörperschaften die Prinzipien der Inländerbehandlung und Meistbegünstigtenbehandlung ausgesetzt.

Die ersten beiden Anhänge enthalten Verpflichtungen und Vorbehalte in Bezug auf die Inländerbehandlung (d.h. Nichtdiskriminierungsgrundsatz) sowie die Meistbegünstigtenbehandlung. Der dritte Anhang beschreibt Vorbehalte und spezifische Liberalisierungsbestimmungen in Bezug auf das Marktzugangsprinzip. [Zum vollständigen Beitrag](#)

EU und USA wollen schnellere Fortschritte

Im Rahmen einer Amerikareise vor Beginn der nächsten TTIP-Gesprächsrunde Ende September traf sich EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström mit dem US-Handelsbeauftragte Michael Froman zu einer Bestandsaufnahme der Verhandlungen. Beide Seiten haben sich auf schnellere und intensivere Verhandlungen geeinigt. Die 11. Verhandlungsrunde wird vom 19. bis 23. Oktober in Miami, Florida, stattfinden.

Aktueller Stand zu TiSA:

INTA Bericht zu TiSA geplant

Im Anschluss an die vom Europäischen Parlament im Juli verabschiedete Resolution zu den TTIP-Verhandlungen, hat der Handelsausschuss (INTA) am 15. September 2015 ein Arbeitspapier zu dem Abkommen über den Handel in Dienstleistungen (TiSA) veröffentlicht.

Das Arbeitspapier wird am 22. September 2015 im Handelsausschuss diskutiert; es soll als Grundlage für den geplanten Bericht zu den aktuellen Verhandlungen dienen. Die Veröffentlichung des Berichts ist für den 15. Oktober vorgesehen.

Aktueller Stand zu ISDS:

Europäische Kommission schlägt Investitionsgerichtsbarkeit für EU-Handels- und Investitionsabkommen vor

Die Kommission hat einen Vorschlag für eine Reform des Systems zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten im Rahmen der TTIP und darüber hinaus vorgelegt. Das System ersetzt den bisherigen Mechanismus bei allen laufenden und künftigen Investitionsverhandlungen der EU.

Der Vorschlag der Kommission soll Grundbaustein für die Schaffung eines ständigen internationalen Investitionsgerichts sein, das langfristig an die Stelle aller bisherigen Verfahren treten soll, die in EU-Übereinkommen, Abkommen zwischen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern und in Handels- und Investitionsabkommen zwischen Drittländern zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten aktuell vorgesehen sind. [Zum vollständigen Beitrag](#)

Kontakt

[bvöd-Geschäftsstelle](#)

fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

email info@bvoed.de

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) - zur Abbestellung genügt eine Mail an info@bvoed.de